

ENTSCHÄDIGUNG

Weisung aus Berlin

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) hat seinen thüringischen Kollegen Andreas Trautvetter (CDU) zur Raison gerufen. Der Landespolitiker wollte einem Bürger aus seiner Heimatgemeinde Schmalkalden eine unrechtmäßige Entschädigungszahlung zuschanzen. 1960 war den Eltern von Fritz V. ein Stück Ackerland entzogen worden; dafür erhielten sie von der DDR-Regierung 12 079 Mark Ost Entschädigung. Nach der Wende wurde der Acker zu Bauland. Mit Hilfe von Finanzminister Trautvetter wollte sich V. den Landverlust nun so entgelten lassen, als wäre die DDR-Krume immer Bauland zu Westpreisen gewesen. Als der Minister dem Ansinnen entgegen dem Votum der zuständigen Beamten zustimmte, stoppte Eichel den Deal. Die damals Geschädigten „können heute nicht so gestellt werden, wie sie stünden, wenn es die DDR nicht gegeben habe“, schrieb Eichel. Er forderte den Unionspolitiker auf, „dieses Schreiben als Weisung zu verstehen“.



F. SOMMARIVA

Trautvetter



Kohl-Puppen in Köln

M. WAND / KÖLNER EXPRESS

KARNEVAL

Nubbel mit Maske

Der Wirt der Kölner Studentenkneipe „Museum“ Hubert Heller hat für Trubel bei CDU-Funktionären gesorgt: Seit mehr als hundert Jahren hängen Kölner Innenstadt-Wirte zum Karneval „Nubbel“ auf – einem heidnischen Brauch entstammende Strohpuppen, die in der Nacht zum Aschermittwoch als Sündenböcke verbrannt werden. SPD-Mitglied Heller gab den sonst anonymen Puppen ein Gesicht: mit Kohl-Maske und aus den Taschen quellenden Geldbündeln. Richard Blömer, Kölner CDU-Parteichef und kulturpolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion, protestierte in Hellers Kneipe gegen die „Geschmacklosigkeit“. Ein leitender Beamter der CDU-regierten Stadtverwaltung, selbst Christdemokrat, teilte dem Wirt mit, es würde dem städtischen Frieden dienen, wenn er das Ärgernis beseitige. Heller, der auch zwei städtische Betriebe gepachtet hat, verpasste daraufhin den Kohl-Köpfen Schweinsmasken. CDU-Chef Blömer droht mit juristischen Konsequenzen: „Wir werden das auf jeden Fall rechtlich prüfen.“



DPA

Besatzung eines „Tornado“-Kampfflugzeugs

BUNDESWEHR

Dienst nach Vorschrift

Mit striktem Dienst nach Vorschrift haben Jet-Piloten bei Luftwaffe und Marine in den beiden vergangenen Wochen gegen Einkommensverluste protestiert. Rund 60 Prozent der geplanten Übungsflüge fielen deshalb aus, so die Pilotenvereinigung VBsK. Der Unmut in den Geschwadern richtet sich gegen die im vergangenen Jahr verfügte

Umwandlung der vorher steuerfreien Fliegerzulage von 600 Mark in eine voll steuerpflichtige Erschwerniszulage. Die Luftwaffenführung bestreitet, dass es zu einer Beeinträchtigung des Flugbetriebs gekommen sei, räumt aber ein, es gebe bereits seit einiger Zeit „negative Auswirkungen auf die Motivation und Nachwuchslage“. Der Piloten-Zorn zielt vor allem auf Bundesinnenminister Otto Schily, der eine vom Verteidigungsministerium gewünschte Nachbesserung blockiere.

AUTOBAHN

Private Geldgeber

Im Emsland will die Bundesregierung eine neue Form der Autobahnfinanzierung erproben. Kanzleramt, Verkehrs- und Finanzministerium haben sich darauf verständigt, ein 40 Kilometer langes Teilstück der A 31 im Landkreis Grafschaft Bentheim teilweise privat finanzieren zu lassen, um so den Bau zu beschleunigen. Mehrere Landkreise und regionale Unternehmen haben, angeregt durch den SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe, mittlerweile 105 Millionen der insgesamt benötigten 500 Millionen Mark aufgebracht. Die benachbarten niederländischen Nordprovinzen, ebenfalls am Ausbau interessiert, wollen weitere 30 Millionen Mark zuschießen. Für den Rest kommen Land und Bund auf. Trotz des „Systembruchs“, wie es im Verkehrsministerium heißt, will die Regierung dem Projekt zustimmen. Bereits 2005 statt wie ursprünglich geplant 2015 soll die Straße fertig sein, die Ruhrgebiet und Küste verbindet.